

GROSSER RAT

GR.22.55

VORSTOSS

Motion der FDP-Fraktion (Sprecher Silvan Hilfiker, Oberlunkhofen) vom 22. März 2022 betreffend Investitionen in der Schweiz zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit

Text:

Der Regierungsrat wird aufgefordert, im Rahmen der Eigentümerstrategie sicherzustellen, dass die Axpo Holding AG und die AEW Energie AG verstärkt in der Schweiz in die Versorgungssicherheit investiert, um der drohenden Versorgungslücke im Winter entgegenzuwirken.

Begründung:

Gesellschaft und Wirtschaft müssen jederzeit mit genügend Strom versorgt werden. Spätestens ab 2025 droht der Schweiz in den Wintermonaten eine Strommangellage mit absehbaren, gravierenden Auswirkungen. Die drohende Winterstromlücke lässt sich nicht mit untauglichen ideologischen Rezepten stopfen, sondern nur mit gezielten Investitionen in einen Energiemix, der einerseits eine konstante Versorgung garantiert und andererseits den Anspruch der Nachhaltigkeit erfüllt. Der Regierungsrat muss deshalb im Rahmen der Eigentümerstrategie proaktiv auf das Investitionsverhalten der Axpo Holding AG (Axpo) und der AEW Energie AG (AEW) Einfluss nehmen. Die Investitionen müssen die inländische Versorgungssicherheit gewährleisten.

Der Stromimport aus dem Ausland ist mit grossen Risiken verbunden. Vor allem dann, wenn der Strom in grossen Teilen von Europa als Folge der EU-Klimapolitik (Green Deal) und dem KKW-Ausstieg in Deutschland ebenfalls knapp werden wird. Mit den für diesen Fall in der EU ab 2025 geplanten Netznutzungs-Restriktionen kann der im Ausland produzierte Strom nicht mehr in ausreichender Menge in die Schweiz transportiert werden. Die Investitionen im Ausland in die Stromproduktion nützen in diesem Fall kaum etwas. Der Preis dafür bezahlt die Schweizer Bevölkerung mit einer geringeren Versorgungssicherheit. Deshalb gehören die Investitionen zurück in die Schweiz, um gegen eine Strommangellage besser vorbereitet zu sein bzw. in Auslandsinvestitionen, welche der Versorgungssicherheit der Schweiz dienen. Investitionen in PV-Anlagen in Südeuropa oder Windkraftanlagen in Norddeutschland können dann sinnvoll sein, wenn mit dem Strom Synfuel oder Wasserstoffgas hergestellt wird. Beides könnte problemlos transportiert werden und würde einen wesentlichen Beitrag zur Versorgungssicherheit der Schweiz zum Betreiben der geplanten Gaskraftwerke oder Wärme-Kraft-Kopplungsanlagen leisten.

Gemäss Art. 6 des Energiegesetzes ist die Energieversorgung Sache der Energiewirtschaft. Entsprechend sind die Elektrizitätsunternehmen wie die Axpo und AEW dafür mitverantwortlich, dass Wirtschaft und Gesellschaft in der Schweiz jederzeit mit ausreichend Strom versorgt wird. Es kann daher nicht sein, dass Investitionen im Ausland getätigt werden, ohne Blick auf die Versorgungssicherheit in der Schweiz. Der Schweiz darf der Strom nicht ausgehen. Denn dies gefährdet den Wirtschaftsstandort und Arbeitsplätze.

Der Regierungsrat verfolgt mit den kantonseigenen Beteiligungen nachhaltige und langfristige Ziele. Es braucht eine Korrektur in den Axpo- und AEW-Zielsetzungen. Es müssen nachhaltige Investitionen in zusätzliche Stromerzeugung in der Schweiz vorgenommen werden bzw. in ausländische Projekte, welche der Schliessung der Winterlücke in der Schweiz dienen. Der Regierungsrat muss als Vertreter der (Mit-)Eigentümer über die Eigentümerstrategie die Vorgaben verschärfen, im Interesse der Wirtschaft und der Bevölkerung im Aargau.